

Mehrfachbesprechung: Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München. 2014

Wentker, Hermann; Retterath, Jörn; Keller, Sven; Weber, Petra

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wentker, H., Retterath, J., Keller, S., & Weber, P. (2015). Mehrfachbesprechung: Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München. 2014. *Historical Social Research*, 40(1), 351-367. <https://doi.org/10.12759/hsr.40.2015.1.351-367>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Mehrfachbesprechung Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München. 2014

*Mit Beiträgen von Hermann Wentker, Jörn Retterath,
Sven Keller & Petra Weber¹*

Rezension zu: Ulrich Herbert. 2014. Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München: C. H. Beck, 1451 S.; ISBN 978-3-406-66051-1.

Abstract: »Review Essays. Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Munich. 2014«. Ulrich Herbert's monography "Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert" (German History in the 20th Century) is a major coup in the literature on German history. This is particularly striking as it has become almost impossible to keep track of the literature published on this topic. Further, the multi-faceted and contradictory character of German history itself makes such a general work undoubtedly ambitious in itself. Each review essay in this article concentrates on different eras of German 20th-century history. They contain some points of criticism while still marking Herbert's book as a great work, in general. Amongst the reasons for this are that his methods are state-of-the-art and because he continually discusses the overall European context.

Keywords: Long 20th century, German history, political history, Ulrich Herbert.

Einführung *Hermann Wentker**

Eine deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert zu schreiben, ist ein gewaltiges Vorhaben, nicht nur wegen der dazu vorliegenden, schier unüberschaubaren Forschungsliteratur, sondern auch aufgrund der Widersprüchlichkeit und Vielfältigkeit dieser Geschichte selbst. So gilt es, zunächst das ausgehende halb-

¹ Print Version of: Wentker, Hermann. 2014. Mehrfachbesprechung: Ulrich Herbert. 2014. Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München: C. H. Beck. *sehepunkte* 14 (10) <<http://www.sehepunkte.de/2014/10/forum/mehrfachbesprechung-ulrich-herbert-geschichte-deutschlands-im-20-jahrhundert-muenchen-chbeck-2014-190>>.

* Hermann Wentker, Institute of Contemporary History Munich – Berlin, Finckensteinallee 85-87, 12205 Berlin, Germany; wentker@ifz-muenchen.de.
Online Version: Hermann Wentker. 2014. Mehrfachbesprechung: Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München: C. H. Beck 2014. Einführung. *sehepunkte* 14 <<http://www.sehepunkte.de/2014/10/forum/mehrfachbesprechung-ulrich-herbert-geschichte-deutschlands-im-20-jahrhundert-muenchen-chbeck-2014-190>> (Accessed October 15, 2014).

demokratische, halb-autoritäre Kaiserreich, den Ersten Weltkrieg, die stets gefährdete und schließlich gescheiterte Demokratie von Weimar und das Gewaltregime des Nationalsozialismus zu analysieren, das mit dem von ihm angezettelten Zweiten Weltkrieg den Untergang des Deutschen Reiches herbeiführte. Nach 1945 hingegen gelang erstaunlich rasch der Wiederaufstieg Deutschlands aus dem verheerendsten Zusammenbruch seit dem Dreißigjährigen Krieg in Gestalt von zwei Staaten, die gegensätzlicher nicht sein konnten: der Bundesrepublik Deutschland im Westen und der DDR im Osten. Während sich die Bundesrepublik als insgesamt erfolgreich erwies, ging die DDR nach einer immerhin vierzigjährigen Existenz im Zuge der friedlichen Revolution von 1989/90 im wiedervereinigten Deutschland auf. Da alte Deutungsmuster wie der „deutsche Sonderweg“ oder die Modernisierungstheorie überholt sind, bedarf es erheblicher intellektueller Anstrengung, um die trotz unübersehbarer Kontinuitäten auseinanderstrebenden Teile der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert zu einem Ganzen zu verbinden.

Ulrich Herberths voluminöses Werk ist Teil der seit 2010 erschienenen Reihe „Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert“ – und sprengt sie gleichzeitig, angesichts des gut dreifachen Seitenumfangs im Vergleich zu den anderen Bänden. Er versucht, damit eine moderne Nationalgeschichte zu erzählen. Wie in der Reihe üblich, setzt Herbert nicht mit dem Ersten Weltkrieg oder der noch von Hans Rothfels befürworteten welthistorischen Zäsur 1917 ein, sondern mit dem Jahr 1890. Ein klares Ende der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts kann er nicht benennen, da, wie er zutreffend schreibt, „der klärende zeitliche Abstand“ fehlt (1238).

Die Signatur dieses „langen 20. Jahrhunderts“ deutscher Geschichte erschöpft sich mithin nicht im Gegensatz von Demokratie und Diktatur. Herbert versucht sich vielmehr an zwei neuen „Argumentationsbögen“. Er beschäftigt sich erstens mit dem Problem, „wie sich erste und zweite Hälfte des Jahrhunderts in Deutschland zueinander verhalten“, wie also auf der einen Seite die beispiellose Entwicklung Deutschlands „von der wirtschaftlichen und kulturellen Blüte des Landes um die Jahrhundertwende zu diesem Tiefpunkt [des Jahres 1942] führen konnte“, und wie auf der anderen Seite „die Deutschen in den folgenden sechzig Jahren aus dieser Apokalypse herausfanden“ (15). Dabei will er eine teleologische Sichtweise vermeiden und betont immer wieder die Offenheit des Geschehens; gleichzeitig arbeitet er Entwicklungslinien zwischen den einzelnen historischen Abschnitten heraus. Den zweiten Argumentationsbogen bilden „die Durchsetzung der Industriegesellschaft in den beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg und die Auswirkungen dieser fundamentalen Umwälzung auf die Wirtschaft, Gesellschaft und namentlich auf die Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert“ (17). Die Besonderheit dieses europäischen Phänomens bestand nach Herbert in der Dynamik, die diese Entwicklung in Deutschland entfaltete. Damit knüpft er, mehr implizit als explizit, an die ältere Deutung „vom ruhelosen Reich“ (Michael Stürmer) an. Über das Kaiserreich hinaus

gesteht er der ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklung eine herausgehobene Rolle zu, so dass Politik und Kultur im Wesentlichen als davon abgeleitete Kategorien erscheinen. Hier wiederum steht die Innenpolitik, die schließlich vor dem Problem der Bewältigung dieser dynamischen Entwicklung und ihrer Folgen stand, im Vordergrund, während die Außenpolitik dieser deutlich nachgeordnet wird. Männer und Frauen treten denn auch weniger als Subjekte, sondern sehr viel stärker als Objekte historischer Prozesse hervor.

Trotz dieser Einschränkungen hat Herbert eine monumentale Darstellung vorgelegt, die alle Gegenstandsbereiche zu erfassen und auch die neuesten methodischen Zugänge zur Zeitgeschichte aufzunehmen versucht. Dabei verweist er immer wieder auf die gesamteuropäischen Zusammenhänge, in die er die deutsche Entwicklung einordnet.

Da er trotz seines epochenübergreifenden Ansatzes in seiner Darstellung den gängigen Zäsuren der politischen Geschichte in Deutschland folgt, konzentrieren sich die Autoren dieses Forums auf jeweils einen Abschnitt der deutschen Geschichte und fragen, wie sich dieser in das Gesamtwerk einfügt, welchen Argumentationslinien gefolgt wird und welche Stärken und Schwächen die Vorgehensweise Herberts mit sich bringt. Dabei widmet sich Jörn Retterath dem Kaiserreich und der Weimarer Republik, Sven Keller dem Nationalsozialismus, Petra Weber den Westzonen und der Bundesrepublik und Hermann Wentker der SBZ/DDR.

Rezension von: Ulrich Herbert. *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*
Jörn Retterath*

Auf voluminösen 1450 Seiten beschäftigt sich Ulrich Herbert mit der Geschichte Deutschlands im vergangenen Jahrhundert. Das mag auch daran liegen, dass sich der Freiburger Historiker bewusst gegen das Konzept eines „kurzen 20. Jahrhunderts“ entschieden hat: Statt mit dem Ersten Weltkrieg setzt seine Darstellung bereits in den 1890er-Jahren ein. Nur so lasse sich die „tiefgreifende Veränderungsdynamik der Jahrzehnte zwischen 1890 und 1914“ (13) erfassen. Dabei versucht Herbert die Komplexität der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert mithilfe von zwei Argumentationsbögen in den Griff zu bekommen: Während der erste das Verhältnis zwischen den beiden konträren Jahrhundert-

* Jörn Retterath, Historisches Kolleg, Kaulbachstr. 15, 80539 Munich, Germany; joern_retterath@web.de.

Online Version: Jörn Retterath. 2014. Rezension von: Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München: C. H. Beck 2014. *sehpunkte* 14 (10) <<http://www.sehpunkte.de/2014/10/25502.html>> (Accessed October 15, 2014).

hälften (Krieg und Katastrophen in der ersten; Stabilität, Freiheit und Wohlstand in der zweiten) in den Blick nimmt, betrachtet der zweite den gesamten Zeitraum zwischen 1890 und dem Ende des 20. Jahrhunderts als (europäische) Phase der „Hochmoderne“, die von der Suche nach neuen politischen und gesellschaftlichen Ordnungsmodellen sowie tiefgreifenden industriegesellschaftlichen Veränderungen geprägt war. Herbert folgt nicht einer einzigen großen These zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, sondern verschiedenen „Leitspuren“ (20). Im Einzelnen sind dies die Fragen nach dem „Verhältnis von industrieller Gesellschaft und politischer Ordnung“, nach dem „Aufkommen und Abflauen des deutschen Radikalnationalismus“, nach dem „Umgang mit der Kultur der Moderne und der Massengesellschaft“, nach der „Dynamik der Gewalt und des Krieges“, nach dem „Verhältnis von Eigenem und Fremden“ sowie nach der Annäherung zwischen den europäischen Industriegesellschaften (20).

Ausgehend vom 25. Thronjubiläum Kaiser Wilhelms II. im Jahr 1913 blickt Herbert auf das Kaiserreich nach der Entlassung Bismarcks zurück und führt den rasanten wirtschaftlichen Aufstieg, aber auch die gesellschaftlichen Spannungen und Probleme eindrücklich vor Augen. Die ökonomische Prosperität und der wissenschaftlich-technologische Fortschritt hatten ihre Schattenseiten – etwa in den häufig schlechten Wohn- und Arbeitsverhältnissen sowie in der sich vergrößernden Kluft zwischen Arm und Reich. Zudem werden die kulturgeschichtlichen Entwicklungen, die mentale Verfasstheit und die Stimmung der verschiedenen gesellschaftlichen Milieus dargestellt. Vergleichsweise viel Raum widmet Herbert den radikalen Alternativkonzepten kommunistischer und völkischer Provenienz, die der als krisenhaft wahrgenommenen Gesellschaft des späten Kaiserreichs entgegengestellt wurden. Zur Einordnung der deutschen Entwicklungen verweist Herbert dabei immer wieder auf die Situation in anderen Staaten. So gelingt es ihm, seinen Lesern ein anschauliches gesellschafts-, kultur- und ideengeschichtliches Panorama der Zeit zu vermitteln.

Erst in einem zweiten Schritt behandelt der Autor die politische Entwicklung des Kaiserreichs. Nun greift er sogar bis zur Reichsgründung zurück, ehe er den Bogen von Bismarck zu Bethmann Hollweg schlägt. Inhaltliche Schwerpunkte bilden die Entwicklung der Parteien und Massenorganisationen, der innere Reformbedarf des Kaiserreichs sowie das völkische und nationalistische Denken vor 1914. Mit Blick auf die Folgen für das 20. Jahrhundert arbeitet Herbert im Kapitel zum Ersten Weltkrieg vor allem die Wechselwirkung zwischen der (allzu großen) propagandistisch geschürten Erwartung und dem (allzu kleinen) politischen Handlungsspielraum sowie die ideengeschichtliche Entwicklung und die innenpolitisch-gesellschaftlichen Auswirkungen des Kriegs heraus. Am Ende der Kapitel zu Kaiserreich und Erstem Weltkrieg legt er dar, warum ihn die These vom „kurzen 20. Jahrhundert“ nicht überzeugt: Nicht der Antagonismus zwischen Kommunismus und Kapitalismus kennzeichne das 20. Jahrhundert, sondern der Konflikt zwischen „liberaler Demokratie, Radikalnationalismus und Bolschewismus“ (172f.). Die Wurzeln der

Massenbewegungen, die das 20. Jahrhundert prägten, lägen in den „fundamentalen Veränderungsprozessen der Jahrhundertwende“ (173).

Auch im zweiten, der Weimarer Republik gewidmeten Teil des Buches verwendet Herbert viel Raum auf die Stimmungen, Erwartungen, Denkhaltungen und Mentalitäten in den verschiedenen Milieus. Die Geschichte Weimars deutet er zwar nicht teleologisch als unabwendbaren Weg in die Katastrophe des Nationalsozialismus; gleichwohl hebt Herbert die (ideen-)geschichtlichen Belastungen sowie die politischen und ökonomischen Probleme der Republik immer wieder deutlich hervor. Vor allem die aufgestachelten nationalistischen Erwartungen und die „Wahrnehmungsverweigerung“ (193) gegenüber der deutschen militärischen Niederlage im Ersten Weltkrieg und ihrer Folgen erwiesen sich als verhängnisvoll. Schon in der Hyperinflation seien nicht nur Geldwerte, sondern vor allem das bürgerliche Grundvertrauen in den neuen Staat unwiederbringlich verloren gegangen, die sozialen Gräben hätten sich vertieft und insbesondere antisemitische Verschwörungstheorien seien befeuert worden. Außerdem sei der Ruf nach Ablösung der Parteienherrschaft durch einen autoritären Diktator laut geworden. Dennoch habe es in der Phase der Stabilisierung Mitte der 1920er-Jahre eine „zweite Chance“ (222) für die parlamentarische Republik gegeben: Anhand des Jahres 1926 schildert Herbert die wirtschafts-, gesellschafts-, kultur- und ideengeschichtliche Situation der Weimarer Republik. Dabei gelingt ihm erneut eine kurzweilige und anschauliche Tour d’Horizon.

Erst vor dem Hintergrund des Traumas der Inflationszeit lasse sich die deutsche Erfahrung der Weltwirtschaftskrise verstehen. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit Anfang der 1930er Jahre sei die Entwicklung seit 1918 den Zeitgenossen als „kontinuierliche Abfolge von Krisen und Katastrophen“ erschienen; auch daraus erkläre sich die „Ablehnung von Weimar“ (266). Intensiv widmet sich Herbert dem Aufstieg und der Ideologie der radikalen Parteien – eine Thematik, die sich wie ein roter Faden durch die Kapitel zieht. Besonders steht die Entwicklung der NSDAP zur Massenbewegung im Fokus. Gleichwohl, und das ist Herbert wichtig, gab es bis zuletzt Alternativen. In der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler schließlich erkennt Herbert „eine grundsätzliche Abkehr nicht allein von Weimar, sondern von der Option des Rechtsstaats, der parlamentarischen Demokratie und des liberalen Kapitalismus“ (301). Allerdings sei der 30. Januar 1933 „keine Abkehr von der Moderne“, sondern vielmehr die Orientierung zu „eine[r] radikal andere[n] Moderne“ (301) gewesen.

Auf 300 Seiten gelingt Ulrich Herbert eine konzise Darstellung der deutschen Geschichte vom ausgehenden Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik. Erfrischend ist, dass der Autor den sozial-, kultur- und mentalitätsgeschichtlichen Entwicklungen breiten Raum gibt, ohne gleichzeitig die Politikgeschichte zu vernachlässigen. Dabei folgt er überzeugend den eingangs genannten „Leitspuren“. Die knappen Zeitschnitte für die Jahre um 1900 und das Jahr 1926 eröffnen eindruckliche Dioramen. Allerdings gehen einzelne Ausführungen – etwa zur Auslandskreditaufnahme oder zu den politischen Fememorden in der Weimarer

Republik – bisweilen sehr ins Detail. Hier hätte eine stärker thesehafte Zuspitzung dem Lesefluss gut getan. Gleichwohl sind die ersten beiden Teile in Herberts „Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert“ eine sowohl für Historiker als auch für interessierte Laien empfehlenswerte und gewinnbringende Lektüre.

Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert *Sven Keller**

Rund 250 Seiten widmet Ulrich Herbert in seiner Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert den zwölf Jahren des ‚Dritten Reiches‘. Zusammen mit den Abschnitten zum Aufstieg der NSDAP und den ideologischen Grundlagen der völkischen Rechten in der Weimarer Republik funktionieren diese Kapitel nicht nur als Teil des Ganzen, sondern sie lassen sich gleichzeitig als knappe, in sich geschlossene Gesamtdarstellung des Nationalsozialismus lesen, die sich an ein breites Publikum wendet. Daran besteht trotz einiger Neuerscheinungen der letzten Jahre nach wie vor Bedarf: Richard Evans (2004-2009) fordert den Leser seiner dreibändige Geschichte des ‚Dritten Reiches‘ mit fast dreitausend Seiten heraus, andere Bände wenden sich vor allem an die Zielgruppe der Studierenden, so zuletzt Michael Wildt, der seine Darstellung am Analysekonzept der „Volksgemeinschaft“ ausrichtet (Wildt 2008; außerdem Hildebrand (2009 [1979], das trotz der überarbeiteten Neuauflage seine ältere Grundkonzeption nicht verleugnen kann). Dass neben Monographien nun auch zwei Sammelbände anhand von Beiträgen verschiedener Spezialisten einen Einstieg in die Geschichte und Erforschung des Nationalsozialismus bieten, ist nicht zuletzt Zeichen der zunehmenden Ausdifferenzierung des Forschungsfeldes (Süß und Süß 2008; Caplan 2008). Wenn jemand wie Ulrich Herbert, der der NS-Forschung in den letzten Jahrzehnten maßgebliche Impulse gegeben hat, nun eine Synthese vorlegt, darf man gespannt sein und einiges erwarten.

Die großen Linien auch für die NS-Kapitel geben die beiden übergeordneten Fragestellungen des Bandes vor. Bei der Betrachtung der „zwei Epochen“ der „deutsche[n] Geschichte des 20. Jahrhunderts“ und des Problems, „wie sich die erste und zweite Hälfte [...] historisch zueinander verhalten“ (15), sieht Herbert den Beginn des systematischen Judenmordes im Sommer 1942 als symbolisches Scheidedatum, und das Jahr 1945 als deutliche Zäsur. Die zentrale Bedeutung der Kriegsjahre und des Holocaust für das Verständnis des Nationalsozialismus und seine Einordnung in das Kontinuum deutscher Geschichte im 20.

* Sven Keller, Institute of Contemporary History Munich – Berlin, Leonrodstr. 46b, 80636 Munich, Germany; keller@ifz-muenchen.de.

Online Version: Sven Keller. 2014. Rezension von: Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München: C. H. Beck 2014. *sehepunkte* 14 (10) <<http://www.sehepunkte.de/2014/10/25500.html>> (Accessed October 15, 2014).

Jahrhundert spiegelt sich in der Gliederung des Textes. Von vier chronologisch angelegten, in sich thematisch untergliederten Kapiteln (Kap. 7 bis 10) befasst sich lediglich eines mit den Vorkriegsjahren, während die anderen drei die erste Kriegshälfte, die Zeit der Kriegswende um das Jahr 1942 und schließlich den Untergang des NS-Regimes umfassen. Herbert setzt damit erkennbar andere Schwerpunkte als frühere Gesamtdarstellungen des Nationalsozialismus, die Krieg und Holocaust eher als Epilog abhandelten (vgl. Broszat 2000 [1969]; Thamer, 1986; Frei 2007 [1987]).

Die Phase der Machteroberung und -konsolidierung deutet Herbert auf vergleichsweise wenig Raum als „Systemwechsel“, der „alle Elemente einer Revolution“ in sich getragen habe (305); das Funktionieren des NS-Herrschaftssystems fasst er knapp zusammen (320f.). Den Begriff der „Polykratie“ vermeidet Herbert ebenso wie die Erwähnung von Sonderverwaltungen und Kommissaren – dabei war gerade diese Konkurrenz nicht nur Grund für Reibungsverluste, sondern eine wichtige Quelle der Dynamik und der Stabilität des NS-Regimes. Hitlers „charismatische Herrschaft“ erklärt er noch im Kapitel zur Zerstörung der Weimarer Republik als Faktor des Aufstiegs der NSDAP und ihres ‚Führers‘ (283), es folgen kurz gehaltene Ausführungen zu seiner Stellung im NS-Staat (321f.). Danach bleibt Hitler weitgehend im Hintergrund und tritt nur noch als erfolgreicher Expansionist hervor. Er bleibt vor allem Objekt einer „weiterhin bestehende[n] Führerbindung“ (508) und des ramponierten, aber noch funktionierenden „Führer-Mythos“ (532).

Überhaupt steht die Frage nach der neuen Staatlichkeit des ‚Dritten Reichs‘ deutlich hinter der Darstellung der Expansions-, Verfolgungs- und Vernichtungspolitik zurück, die quer durch alle Kapitel die narrativen und analytischen Höhepunkte markiert. Herbert vermittelt die gesellschaftliche Dimension dieser Politik und das Zusammenspiel von „oben“ und „unten“. Vor allem aber zeigt er die Wechselwirkungen von Krieg und Dynamik der Gewalt auf, die er in den Mittelpunkt seiner Geschichtserzählung stellt. Herausragendes Beispiel ist die Darstellung der Genese der ‚Endlösung der Judenfrage‘ und des Holocaust: Der „Gesamtprozess“ des Judenmordes sei keinem 1923, 1933 oder selbst 1939 fertigen Masterplan entsprungen, sondern habe sich in „mehreren Phasen und Einzelschritten, in eskalierenden Aktionen und partiellen Rücknahmen“ entfaltet. Er lasse sich nicht ohne die Berücksichtigung „militärischer, politischer und wirtschaftlicher“ Faktoren verstehen, ebenso wenig aber auch ohne seine „ideologische[n] Elemente“ (468). Denn die Gründe für den Holocaust lägen nicht in kriegsbedingten Notwendigkeiten, auch wenn deutsche Verantwortliche „das Vorgehen gegen die Juden [...] mit einer jeweils vordringlichen allgemeinen Problematik“ verknüpften. Zu glauben, Wohnraumbeschaffung, Lebensmittelknappheit oder Seuchenbekämpfung seien tatsächliche Gründe für die Deportation und die Ermordung der Juden gewesen, sei „ein Trugschluss“: Sie seien vielmehr Ausdruck eines spezifisch „nationalsozialistische[n] Antisemitismus“, der Judenverfolgung und Ju-

denmord mit verschiedensten Sachgründen verknüpfte, so gesellschaftlich anchlussfähig wurde und sich gewissermaßen selbst bekräftigte (473f.).

Die zweite große Frage, die Herbert seiner Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert zugrunde legt, zielt gegenüber den Brüchen der Jahrhundertmitte auf die Kontinuitäten und soll die transnationale Perspektive öffnen: Als Epoche der Hochindustrialisierung und der Hochmoderne sei das 20. Jahrhundert eine Einheit, geprägt durch die ungeahnte Dynamik und Intensität der ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen. Diese wiederum befeuerten, so Herbert, die Radikalität der politischen Ordnungsmodelle, die all dies integrieren und doch gleichzeitig so etwas wie Normalität wiederherstellen wollten. Daran lässt sich ablesen, wie Herbert den Erfolg des Nationalsozialismus erklärt, und gleichzeitig erschließt es seine Perspektive auf die gesellschaftlichen Veränderungen der deutschen Gesellschaft zwischen 1933 und 1945: Der Nationalsozialismus sei nicht die „Abkehr von der ‘Moderne‘“, sondern der Versuch, eine „radikal andere ‘Moderne‘“ zu etablieren (301). Während einerseits die damit verbundenen rassistischen und biologistischen, dabei „spezifisch nationalsozialistische[n] Ziele“ die Gesellschaft tiefgreifend veränderten, setzten sich andererseits grundlegende „Trends der industriellen Moderne“ (368) – wie Massenkonsum und Elemente „westlicher“ Massenkultur – fort. Dies vermittelte der Mehrheitsgesellschaft das Gefühl, „nach den extremen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte nun doch zur ‘Normalität‘ zurückgekehrt zu sein; eine Normalität ohne Linke [...], ohne Klassenkampf – und ohne Juden“ (369). Diese subjektive, gefühlte und vorgespiegelte „Normalität“ sei ein wichtiger Grund gewesen für die breite Zustimmung zum Regime. Die primäre Grundlage dafür sieht Herbert in der ökonomischen Entwicklung, im zeitgenössisch so genannten Wirtschaftswunder, das in Wahrheit ein Rüstungsboom war. Nichts habe „die Stabilität des Hitler-Regimes in den Vorkriegsjahren so gestärkt wie die Reduktion der Arbeitslosigkeit“, und auch die „Popularität Hitlers war in erster Linie darauf zurückzuführen“ (343, 345).

Trotz der zentralen Bedeutung für Herberts Argumentation und dieses deutlich formulierten Primats der Ökonomie bleiben industriegesellschaftliche Entwicklungen wie auch andere Aspekte der Hochmoderne randständig und werden kaum transnational eingeordnet. Zur Rolle der Frau beispielsweise kann man in den Kapiteln zur Weimarer Republik oder der Bundesrepublik lesen, während die Ausführungen im NS-Teil über den Arbeits- und Kriegseinsatz und dürre Zahlen hinaus nicht thematisiert wird. Auch erfährt der Leser wenig über die Durchdringung der deutschen Gesellschaft durch die NSDAP und ihre Organisationen oder deren Bedeutung als Disziplinierungs-, Partizipations- und Ermöglichungsstrukturen, obwohl diese als wichtiges Element jener spezifisch nationalsozialistischen „anderen Moderne“ begriffen werden können. Überhaupt hätten die Integrations- und Mobilisierungskraft des Nationalsozialismus und seine gesellschaftlichen Dynamiken jenseits von Terror und

Gewalt mehr Aufmerksamkeit verdient, auch wenn der Raum zwischen zwei Buchdeckeln begrenzt ist – und in diesem Fall auch ausgereizt.

In der Summe schreibt Herbert die deutsche Geschichte von 1933 bis 1945 über weite Strecken als angereicherte Politikgeschichte. Insgesamt überzeugt die interpretatorische Einbettung des Nationalsozialismus in das Kontinuum deutscher Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Ankündigung, die „exklusiv deutsche Signatur“ (17) der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts „auch [als] eine europäische Geschichte“ schreiben zu wollen, löst der Abschnitt zu den Jahren 1933 bis 1945 jedoch nicht ein. Die ausführliche Berücksichtigung von Expansions- und Besatzungspolitik bleibt Teil der nationalstaatlichen Perspektive, die Verweise auf transnationale Modernisierungsprozesse bleiben im NS-Teil eher blass - sie bilden eher einen Rahmen der Darstellung, als dass sie deren integraler Bestandteil würden. Herbert argumentiert gewohnt meinungsstark und bietet einen gut strukturierten, sprachlich klaren Text. Krieg und Gewalt als „ureigenste[s] Element“ (394) oder „Wesenselement“ (545) des Nationalsozialismus stellt er ins Zentrum seiner Geschichtserzählung, die sich auf der Höhe der Forschung bewegt. Diese inhaltliche, interpretatorisch begründete Schwerpunktsetzung vermag durchaus zu überzeugen, läuft jedoch Gefahr, andere Faktoren gesellschaftlicher Dynamisierung aus dem Blick zu verlieren.

Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert *Petra Weber**

Waren die historiographischen Meistererzählungen lange Zeit vom Narrativ der Geschichte der Bundesrepublik als einer Erfolgsgeschichte geprägt gewesen, so wächst in den letzten Jahren die Zahl der Arbeiten, die die 1970er Jahre als eine Epochenwende beschreiben. Der Ölpreisschock vom Herbst 1973 dient als Chiffre für einen weltwirtschaftlichen Strukturbruch, in der die Zeit des Booms durch eine Zeit der Krisen abgelöst wird, die als Vorgeschichte der mit globalen Herausforderungen konfrontierten Gegenwart gilt. Auch Ulrich Herbert folgt diesem Interpretationsmodell, in dem die ökonomischen und technologischen Wandlungsprozesse als grundlegende Faktoren für die Entwicklungen in den Bereichen Politik, Gesellschaft und Kultur verstanden werden.

Einleitend fragt Herbert, warum trotz der „personellen und mentalen Hinterlassenschaften der NS-Diktatur“ in der Bundesrepublik ein demokratischer Staat und eine westlich-liberale Gesellschaft entstehen konnten (16). Er erklärt

* Petra Weber, Institute of Contemporary History Munich – Berlin, Leonrodstr. 46b, 80636 Munich, Germany; weber@ifz-muenchen.de.

Online Version: Petra Weber. 2014. Rezension von: Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München: C. H. Beck 2014. *sehpunkte* 14 (10) <<http://www.sehepunkte.de/2014/10/25501.html>> (Accessed October 10, 2014).

dies mit der wegweisenden Rolle der Westalliierten, deren „Pläne zur gesellschaftlichen Umgestaltung“ zwar nur partiell erfolgreich gewesen seien; die Entmilitarisierung wurde aber „schnell und vollständig vollzogen, Presse und Rundfunk wurden völlig neu formiert, die Bestrafung von NS-Verbrechern, die Ausschaltung der NS-Eliten, auch die Entnazifizierung gelangen jedenfalls teilweise“ (580), da durch die Fernhaltung aus dem öffentlichen Leben über Jahre hinaus den NS-Funktionären eine Lektion verpasst worden sei. Mit ihrem Bestreben, die wirtschaftliche Macht in Westdeutschland zu zerschlagen, seien die Westalliierten zwar weitgehend gescheitert, die Amerikaner aber hätten durch den Marshallplan die „Grundlage wirtschaftlicher und politischer Stabilität“ in Westeuropa wie auch in Westdeutschland geschaffen (594). Die anti-sowjetische Stoßrichtung des Marshallplans, der als eine Ergänzung der Containment-Politik Trumans auf dem wirtschaftlichen Feld begriffen wurde, beleuchtet Herbert indes kaum.

Herbert folgt Knut Borchardt, wenn er betont, dass die Währungsreform und das Leitsätzegegesetz vom Juni 1948 einem „wirtschaftspolitischen Urknall“ geglichen hätten (598), der zu einem steilen Anstieg der Produktion geführt habe. Die „Soziale Marktwirtschaft“ sollte nicht nur eine am freien Markt orientierte Wirtschaftsordnung in Westdeutschland etablieren, sondern auch die „ungebremste Durchsetzung wirtschaftlicher Macht verhindern und die sozial Schwachen schützen“ (598). Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ taucht allerdings nicht erst 1949 auf, wie Herbert schreibt, sondern bereits in Alfred Müller-Armacks 1947 publiziertem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“.

Während Herbert die wirtschaftliche Entwicklung und Neuordnung minutiös nachzeichnet, widmet er dem in Bonn tagenden Parlamentarischen Rat nur drei knappe Seiten (607-610), die nicht immer zu überzeugen vermögen. SPD-Chef Kurt Schumacher hat niemals auf die „unzureichende Legitimität“ des Parlamentarischen Rates angespielt, sondern diesen als „einzige[n] Rechtsschöpfer“ begriffen, der „keiner Assistenz“ durch die Alliierten bedürfe (1948, 588-619). Der Verzicht auf eine Volksabstimmung über das Grundgesetz war nicht dem „Zweifel an der demokratischen Zuverlässigkeit der Deutschen“ geschuldet, sondern dessen Provisoriumscharakter.

Dem Mainstream der Forschung trägt Herbert Rechnung, wenn er die Westintegration, das sogenannte Wirtschaftswunder und die Sozialpolitik zu den drei Säulen der bundesdeutschen Erfolgsgeschichte zählt. Zu Unrecht aber lastet er der SPD das Scheitern einer Gesamtreform der Sozialversicherungen an, hatte diese doch bereits 1952 einen am Konzept einer steuerfinanzierten Staatsbürgerversicherung orientierten Sozialplan vorgelegt, der im Zeichen des Ost-West-Konflikts jedoch zum Scheitern verurteilt war. Die Geschichte der Bundesrepublik in den 1950er Jahren ist für Herbert indes nicht nur vom Erfolg geprägt, sondern auch durch ein „Kainsmal“: „Die Angehörigen der NS-Eliten und selbst die Massenmörder aus Sicherheitspolizei und SD“ waren schließlich „zu einem großen Teil beinahe ungeschoren davongekommen“ (667). Das von

Herbert konstatierte partielle Gelingen der Entnazifizierung wird hier dann doch wieder in Frage gestellt.

Die 1960er Jahre beschreibt Herbert wie schon in seinen früheren Arbeiten als eine Zeit des Aufbruchs und des Wandels, die sich in der Kritik an einem staatsfixierten Demokratiebegriff, der Abkehr von einem überholten Sittlichkeitskodex und den Kontroversen zwischen Staat und Intellektuellen manifestiere, zu denen er kritische Journalisten, die literarisch-politische Opposition der Gruppe 47 und Emigranten wie Max Horkheimer und Theodor W. Adorno rechnet, die allerdings entgegen Herberts Behauptung in den 1960er Jahren keine marxistische Gesellschaftskritik mehr betrieben. Nicht 1968, das zuweilen in der Forschung zum Epochenjahr erhoben wurde, sondern 1965 erklärt er zum „Jahr des Umbruchs“ (783), wobei er 1965 freilich als Chiffre für längerfristige gesellschaftliche Entwicklungen und Trends versteht. Eine jüngere gut ausgebildete Gruppe habe, so sein Fazit, die Traditionen durchbrochen, an denen eine ältere aus der Arbeiterschaft kommende Gruppe noch festgehalten habe.

Die Revolte von „1968“ ordnet er in den internationalen Kontext ein, wobei er die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA als „Urknall der neuen Protestbewegung in der westlichen Welt“ bezeichnet (843). Die „überschießende Radikalisierung“ der westdeutschen Protestgeneration sei der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des NS-Regimes geschuldet gewesen. Herbert räumt freilich ein, dass die Protagonisten der Protestbewegung den „Unterschied zwischen dem demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik und der NS-Diktatur bagatellisiert“ hätten (855). Die in der Forschung weitverbreitete Auffassung, dass die „1968er“ trotz ihrer antidemokratischen Ziele den Liberalisierungsprozess in der Bundesrepublik befördert hätten, vermag er nicht uneingeschränkt zu teilen. Er stößt vielmehr auf „Widersprüche und offene Fragen“ (864), die er allerdings nicht ausformuliert. Die Fragen könnten lauten: Führte der Radikalismus der Protestbewegung zu einem Auseinanderbrechen des gerade erst etablierten Konsenses westdeutscher Politiker und Eliten über Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesse? Ließ er die Reformeuphorie bei einem wachsenden Teil von ihnen in Reformskepsis umschlagen? Eine eingehende Analyse der Bildungs- und Hochschulpolitik, die Herbert nur kurz sorsisch behandelt, hätte u.a. eine Antwort auf diese Fragen geben können.

Die Darstellung der Reformpolitik der Großen wie auch der sozial-liberalen Koalition fällt kurz aus. Die Ausweitung der Staatskompetenzen und die sozial-liberale Sozialpolitik, die „zu einer historisch einzigartigen Ausweitung der sozialen Leistungsansprüche innerhalb weniger Jahre“ geführt habe, sei zu einer „schweren Hypothek“ geworden (881), die allerdings – das sollte man doch hinzufügen – nicht nur auf das Konto von SPD und FPD ging, denn es war die Union, die im Parteienwettbewerb ein sehr kostenträchtiges Rentenpaket geschnürt hatte.

Mit dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods, dem Ölpreisschock und dem beschleunigten wirtschaftlichen Strukturwandel begann die Krisengeschichte der Bundesrepublik, die durch abflachendes Wirtschafts-

wachstum, schnell wachsende Arbeitslosigkeit und eine rapide steigende Verschuldung der Staatshaushalte gekennzeichnet war. Das Ende der klassischen Industriegesellschaft, die Dominanz der Dienstleistungsgesellschaft, die immer geringer werdenden nationalen Steuerungsmöglichkeiten angesichts der voranschreitenden Globalisierung sowie die eng damit verbundene „Ablösung konformer und standardisierter Lebensformen“ (909) verlangten von der Politik neue Problemlösungsstrategien. Herbert ist sich mit der großen Mehrheit der Historiker einig, dass die marktradikalen Wirtschaftskonzepte Reagans und Thatchers in der Bundesrepublik keine Durchsetzungschance hatten, denn sie widersprachen „dem in der Bundesrepublik immer aufs Neue befestigten Prinzip einer sozialen, nicht allein an ökonomischen Gesichtspunkten orientierten Marktwirtschaft“ (977).

Breiten Raum widmet Herbert den Umweltdebatten und der Ökologiebewegung, denn nach seiner Auffassung „erwies sich die Ökologiefrage als Jahrhundertthema, das in seiner weltweiten Bedeutung auf einer Ebene mit der sozialen Frage stand“ (985), auf der er auch die Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter ansiedelt. Durch die Bürgerinitiativen und Neuen sozialen Bewegungen hätte das politische System der Bundesrepublik einen „erheblichen Zuwachs an demokratischer Legitimation“ gewonnen (1001), das – so könnte man kritisch anmerken – allerdings zunehmend Züge einer Demokratie einer gut situierten Mittelschicht annahm (vgl. Nolte 2013, 275-301).

Herbert folgt dem gängigen Narrativ, nach dem die Bundesrepublik Ende der 1980er Jahre im Westen angekommen war. Die „vielfältigen Prozesse der Liberalisierung und Pluralisierung“ hätten die Gesellschaft integriert und eine Anerkennung des Staates im linken wie im konservativen Spektrum ermöglicht (1009). Es habe sich ein „westdeutsches Sonderbewusstsein“ herausgebildet. Die tradierten Vorstellungen von einer nationalstaatlichen Einheit hätten ihre prägende Kraft verloren. Herbert rechnet es Helmut Kohl als großes Verdienst an, dass er nach dem Mauerfall mit seinem Zehn-Punkte-Plan vom 28. November 1989 die deutsche Vereinigung wieder auf die politische Tagesordnung setzte. Eine Alternative zur Ausdehnung des politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Systems der Bundesrepublik auf die DDR sieht er nicht; die Bundesregierung habe aber die Menschen über die Probleme der Vereinigung nicht hinreichend aufgeklärt.

Die 1990er Jahre seien in „vielen Hinsichten ein Jahrzehnt der Überforderung“ gewesen (1144), denn Deutschland habe eine neue weltpolitische Rolle übernehmen müssen, die das Land mit dem Golfkrieg, dem Jugoslawienkonflikt, der Auflösung der UdSSR, der weltweiten Masseneinwanderung und der Asyldebatte konfrontiert habe. Die Beteiligung der Bundesrepublik an der NATO-Militärintervention im Kosovokrieg markiert für Herbert einen „tiefen Einschnitt“, da mit ihr die „Kultur der Zurückhaltung“ aufgegeben wurde, um eine außenpolitische Isolierung zu vermeiden (1230). Die zweite große Zäsur sieht er in der Agenda 2010, die er als „Ende der Sozialpolitik der klassischen Industriegesellschaft“ verstanden wissen will (1246). Die Agenda 2010 bedeutete allerdings nicht nur einen Bruch mit dem tradierten Sozialmodell, sondern

stand auch für Kontinuität, denn mit dem Rückbau des Sozialstaates konnte die Durchsetzung marktradikaler Konzepte verhindert werden.

Ulrich Herbert präsentiert uns im zweiten Teil seines Opus magnum eine luzide, vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zu den Anfängen des 21. Jahrhunderts reichende Darstellung der wirtschaftlichen und technologischen Wandlungsprozesse in Westdeutschland und der mit ihnen eng verknüpften Entwicklungen der Sozialstruktur und wohlfahrtsstaatlichen Ordnungen, der Lebensstile und Mentalitäten, der Konsummuster und der Populärkultur. Der gewählte strukturgeschichtliche Ansatz führt jedoch dazu, dass die politische Ereignisgeschichte und die formierenden Kräfte des Staates jenseits von Europäisierung und Globalisierung meist nachrangig und cursorisch behandelt werden. Für Herbert stellt der Strukturbruch der 1970er Jahre die epochale Zäsur dar und nicht die Erosion des Kommunismus, die deutsche Wiedervereinigung und die europäische Neuordnung mit ihren vielfältigen Verheißungen und Verwerfungen. Themen wie Bildung, Wissenschaft und Hochschulpolitik interessieren ihn nur am Rande, was erstaunt, denn diese Bereiche wurden unmittelbar mit den Herausforderungen des Strukturwandels konfrontiert. Auf die in der Bundesrepublik geführten intellektuellen Debatten – soweit sie nicht die Geschichtswissenschaft und die Vergangenheitspolitik betreffen – geht er kaum ein, auf die wirklichkeitsprägende Dimension des Rechts überhaupt nicht. Religion und Hochkultur werden nicht einmal, wenn sie im politischen und öffentlichen Raum präsent sind, in die Darstellung mit einbezogen. Der Ansatz von Herbert, wirtschaftliche, gesellschaftliche und sozio-kulturelle Entwicklungen zum Ausgangspunkt der Geschichte der Bundesrepublik zu wählen, stößt auf Grenzen, da er Prozesse und Paradigmenwechsel, Konflikte und Krisen in zentralen politischen und kulturellen Feldern nicht ausreichend zu erklären vermag.

Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert *Hermann Wentker**

Die Geschichte der SBZ/DDR ist für Ulrich Herbert mehr als nur eine Fußnote, sondern wird im Unterschied zu anderen Darstellungen jüngerer Datums durchaus gewürdigt. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur des zweiten deutschen Staates haben ein eigenes Gewicht, werden allerdings etwas stiefmütterlicher behandelt als die Bundesrepublik. Das hängt vor allem mit einem wesentlichen Aspekt der Anlage des Buches zusammen: Da Herbert zeigen

* Hermann Wentker, Institute of Contemporary History Munich – Berlin, Finckensteinallee 85-87, 12205 Berlin, Germany; wentker@ifz-muenchen.de.
Online Version: Hermann Wentker. 2014. Rezension von: Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München: C. H. Beck 2014. *sehpunkte* 14 (10) <<http://www.sehpunkte.de/2014/10/25422.html>> (Accessed October 15, 2014).

will, „wie sich die erste und die zweite Hälfte des Jahrhunderts in Deutschland historisch zueinander verhalten“ (15), und er die „langsame Verwandlung von einer nationalsozialistisch geprägten in eine zunehmend westlich-liberale Gesellschaft“ (16) als entscheidende Entwicklung begreift, entsteht zwangsläufig die Frage, wie die Geschichte der DDR in die Erzählung der deutschen Nachkriegsgeschichte integriert werden soll.

Während die SBZ noch als Teil des in vier Besatzungszonen aufgeteilten Deutschlands begriffen wird, signalisiert die getrennte Darstellung der DDR in zwei Kapiteln, dass es sich um eine grundlegend andere Geschichte als die der Bundesrepublik handelt. Auch in dem äußerst gut gelungenen Querschnittskapitel „Deutschland um 1965“ zu Gesellschaft und Kultur in beiden deutschen Staaten „zwischen den Zeiten“ wird leider trotz der sich aufdrängenden Parallelen, etwa im Städtebau oder in der Jugendkultur, an der getrennten Behandlung von DDR und Bundesrepublik festgehalten. Zwar werden immer wieder wechselseitige oder einseitige Bezüge deutlich gemacht; aber dass Bundesrepublik und DDR doch mehr verband als die gesamtdeutsche Ausrichtung des Grundgesetzes oder die einseitige Bezugnahme der Ostdeutschen auf den „Westen“ kommt nicht so recht zum Ausdruck. So fehlt etwa ein Hinweis auf die evangelische Kirche, die als gesamtdeutsche Organisation bis 1969 – und in Ansätzen auch darüber hinaus – eine Klammerfunktion für beide Teilgesellschaften wahrnahm.

In einer Gesamtdarstellung müssen zweifellos manche Entwicklungslinien aus Platzgründen vergrößert werden. Gleichwohl hätte bei der Geschichte der SBZ etwas stärker zwischen den Intentionen und dem Resultat sowjetischer Politik unterschieden werden müssen. So ist es stark verkürzt, die Reformen der Sowjetischen Militäradministration generell als „auf die Anpassung an das sowjetische System“ (580) ausgerichtet zu bezeichnen. Manchmal wird, wie bei der Bodenreform und der in den 1950er Jahren erfolgenden Kollektivierung der Landwirtschaft, eine Planmäßigkeit unterstellt, die es so nicht gab; an anderen Stellen wird über bestimmte Kontinuitäten von der Zeit vor 1945 bis in die SBZ/DDR hinweggegangen, wie etwa bei den Gymnasiallehrern, die eben nicht durch „Neulehrer“ ersetzt wurden. Gleichwohl bleibt es richtig, dass zwischen 1945 und 1949 durch Entnazifizierung und gleichzeitigen Personalaustausch, durch Boden- und Industriereform und Etablierung eines politischen Systems, in dem die führende Rolle der SED spätestens 1948 unübersehbar war, die Fundamente für die ostdeutsche Diktatur gelegt wurden.

Die Gründung der DDR war daher nicht nur ein reiner Nachvollzug der Staatsgründung in Westdeutschland. Auch wenn die sowjetische Führung im Hinblick auf ihre Zukunftsvorstellungen für Deutschland noch unentschlossen war, konnte sie auf Strukturen zurückgreifen, die einer demokratischen Entwicklung in der DDR von Anfang an entgegenstanden. In diesem Zusammenhang hätte Herbert die der Staatsgründung vorangehenden, detaillierten Geheimabsprachen zwischen den Führungen der KPdSU und der SED im September 1949 erwähnen müssen. Zwar war auch die Handlungsfreiheit der

Bundesregierung zunächst noch durch das Besatzungsstatut begrenzt; die Abhängigkeit der DDR-Führung von Moskau war indes, wie diese Absprachen und die Aktivität der an die Stelle der SMAD getretenen Sowjetischen Kontrollkommission zeigte, weitaus größer.

Während in der Darstellung der Bundesrepublik die Gesellschaftsgeschichte für Herbert mindestens so wichtig ist wie die politische, dominiert in den Teilen zur DDR die Politik. Die formativen Jahre der DDR werden entlang der üblichen Stationen – 1952 „Aufbau des Sozialismus“, Juni-Aufstand 1953, Entstalinisierung 1956 und Mauerbau 1961 – geschildert, allerdings nicht immer auf dem neuesten Forschungsstand. So fiel etwa die Entscheidung zum Mauerbau nicht, wie suggeriert wird, Anfang August 1961 im Kreise der osteuropäischen Parteichefs, sondern es handelte sich um einen einsamen Entschluss Chruschtschows Anfang oder Mitte Juli in Moskau. Die Wirtschaftsreform, die nach dem Mauerbau eingeleitet wurde, wird zuverlässig dargestellt, einschließlich der Probleme, die dabei ungelöst blieben. Herberts Feststellung, dass am Ende der 1960er Jahre deren Bilanz „deutlich hinter den Erwartungen zurück[blieb]“, ist zuzustimmen (735). Diese Reform wurde anfangs begleitet von einer zaghaften, vor allem ökonomisch bedingten politischen Lockerung der Zügel, insbesondere in der Jugend- und Kulturpolitik; jedoch währte auch diese Phase nur bis 1965. Am Ende der Ära Ulbricht war zwar – auch unter Gewalteininsatz – „eine sozialistische Diktatur nach dem Vorbild der Sowjetunion errichtet“ worden; vor allem aufgrund der mangelnden Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems stellte sie indes alles andere als eine „der westlichen bürgerlichen Gesellschaft überlegene Alternative“ dar (744). Kein Wunder, dass auch die überzeugten Kommunisten Elan und Enthusiasmus verloren hatten.

Die Ära Honecker steht bei Herbert ganz im Zeichen der „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“ (1048). Er stellt den Konsumsozialismus und die daraus resultierenden Probleme zutreffend dar und verweist auf die dahinter stehende Auffassung Honeckers und seiner Mitstreiter, denen zufolge die Bevölkerung „billiges Brot, eine trockene Wohnung und Arbeit“ bräuchten: „Wenn diese drei Dinge stimmen, kann dem Sozialismus nichts passieren“. (1051). Damit zeigte dieser, dass er mental in den 1920er Jahren stehengeblieben war und nicht verstehen konnte, dass sich die jüngere Generation der DDR-Bürger an den Konsumgewohnheiten ihrer Landsleute im Westen orientierte. Wenngleich sich die Wirtschaftsleistung der DDR zunehmend verschlechterte und diese mehr und mehr auf Finanztransfers und Kredite vor allem aus der Bundesrepublik angewiesen war, hielt Honecker aus Gründen des Machterhalts bis zuletzt an seiner Sozialpolitik fest – eine bekannte, gleichwohl gut dargestellte Geschichte. Zwar ist es richtig, dass Honecker dadurch zu Beginn seiner Herrschaft seine Popularität steigern konnte; ob man von „freundliche[r] Indifferenz“ (1057) der Bevölkerung gegenüber der DDR in dieser Zeit sprechen kann, erscheint jedoch fraglich. Auch für die 1970er und 1980er Jahre wird die DDR-Gesellschaft fast nur mit Blick auf den Staat

dargestellt; vergleichbare Passagen etwa zu Ehe, Familie und Sexualität wie in den Kapiteln zur Bundesrepublik finden sich hier leider nicht.

Den Weg in den Untergang führt Herbert unter anderem auf den zunehmenden Legitimitätsverlust der DDR in den 1980er Jahren, der etwa an dem Aufstieg der D-Mark zum inoffiziellen Zahlungsmittel und an der steigenden Zahl der Ausreiseantragsteller nach der KSZE festgemacht werden kann, die massiven wirtschaftlichen Probleme, die auch aus einer Kürzung der sowjetischen Rohöllieferungen (allerdings ab 1982 und nicht schon ab 1981) resultierten, und den Reformen Gorbatschows zurück, durch den die DDR den sowjetischen Rückhalt verlor. Mit dem Zusammenbruch des Regimes in der friedlichen Revolution von 1989 wurde schließlich „offenbar, wie groß die Distanz der Bevölkerung zum System der SED bereits geworden war“ (1089).

Da Herberts Ausgangspunkt wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen sind und Politik als im Wesentlichen davon abgeleitete Kategorie verstanden wird, finden innenpolitische Vorgänge eher sein Interesse als außenpolitische. Gleichwohl lässt sich weder eine Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert noch eine Geschichte der DDR ohne Bezugnahme auf deren außenpolitische Koordinaten schreiben. Daher kommt er immer wieder auch auf die Außen- und Deutschlandpolitik zu sprechen. Diese Passagen sind allerdings die schwächsten der Darstellung. So ist es zwar richtig, dass die von den Supermächten seit Anfang der 1960er Jahre betriebene Entspannungspolitik die Bundesregierung mit ihrer auf Alleinvertretung und Wiedervereinigung ausgerichteten Deutschlandpolitik vor erhebliche Probleme stellte. Die westdeutschen Lockerungsübungen gegenüber den Ostblockstaaten, die eben nicht mehr isoliert werden sollten, und – nach Bildung der Großen Koalition – auch gegenüber der DDR, werden jedoch kaum gewürdigt. Auch die Reaktion der DDR auf die Neue Ostpolitik wird nicht hinreichend analysiert, und die so gut wie völlig erfolglose DDR-Außenpolitik mit Blick auf die Durchbrechung der Hallstein-Doktrin so gut wie gar nicht. Die staatliche Anerkennung der DDR durch Bonn und die sich anschließende völkerrechtliche Anerkennung durch fast alle Staaten der Erde waren auf die bundesdeutsche Außenpolitik zurückzuführen. Daher kann man den außenpolitischen Weg der DDR von 1949 bis 1972 keineswegs als „eine Erfolgsgeschichte“ bezeichnen (742). Auch das deutsch-deutsche Verhältnis zu Beginn der 1980er Jahre war, trotz sowjetischer Versuche, die DDR von zu engen Beziehungen zur Bundesrepublik abzuhalten, letztlich besser als Herbert es darstellt. Schmidts Besuch in der DDR – nicht im Sommer, sondern im Dezember 1981 – war kein Höhepunkt „dieser Politik der Abgrenzung“ (950), sondern der Versuch, trotz einer höchst angespannten weltpolitischen Situation „business as usual“ zu praktizieren. Dies setzte sich in der Ära Kohl fort, und die Absage des Besuchs von Honecker in Bonn 1984 nach einer sowjetischen Intervention stellte keine nachhaltige Störung der deutsch-deutschen Beziehungen dar. Eine begrenzte „deutsch-deutsche Sonderentwicklung im Kontext der Blockkonfrontation“ war damals sehr wohl möglich (1026f.).

Diese Einwände betreffen eher Seitenlinien als das Zentrum von Herberts großer Darstellung. Sie verweisen aber auf eine Schwäche des Ansatzes, demzufolge Politik nur als abgeleitete Kategorie betrachtet wird. Gerade die internationale Politik, die selbstverständlich nie ohne eine angemessene Einbeziehung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und innenpolitischer Faktoren zu verstehen ist, kann durchaus ein Eigengewicht entwickeln, dem nicht weniger Bedeutung als wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Entwicklungen zukommt.

Auch am Ende der Lektüre des Buches bleibt letztlich unklar, wie sich die DDR in die Gesamtdarstellung deutscher Geschichte des 20. Jahrhunderts einfügt. Gewiss war sie eine Spielart des modernen Industriestaats mit einer entsprechend modernen Industriegesellschaft, die sich, ebenso wie die Bundesrepublik, von dem mörderischen NS-Regime abgrenzte, wenngleich es auch hier Kontinuitäten und Lasten aus der Vergangenheit gab, die man – im Unterschied zum Westen – ruhen ließ. Sie blieb noch viel stärker als die Bundesrepublik ihrer industriegesellschaftlichen Basis verhaftet und schaffte nicht den Sprung in die moderne Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Die Dynamik, die die Anfänge der DDR sicher genauso prägte wie die der Bundesrepublik, ließ mit der für den Autor entscheidenden Zäsur der 1970er Jahre deutlich nach. Und von einer sich langsam entwickelnden, westlichen liberalen Gesellschaft kann mit Blick auf die DDR sicher keine Rede sein. Insgesamt entzieht sich die DDR auf der Grundlage der von Herbert eingangs formulierten Positionen einer klaren Einordnung.

References

- Broszat, Martin. 2000 [1969]. *Der Staat Hitlers*, 15. Aufl. München.
- Caplan, Jane, Hrsg. 2008. *Nazi Germany*. Oxford und New York.
- Evans, Richard. 2004-2009. *Das Dritte Reich*, Bd. I: Aufstieg. Bd. II: Diktatur. Bd. III: Krieg. München.
- Frei, Norbert. 2007 [1987] *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, 8. Aufl. München.
- Hildebrand, Klaus. 2009 [1979]. *Das Dritte Reich*, 7. Aufl. München.
- Nolte, Paul. 2013. Jenseits des Westens? Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie. *VfZ* 6: 275-301.
- Schumacher, Kurt. 1985 [1948]. Refereat für den Parteitag der SPD (August/September 1948). In *Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945-1952*, hg. v. Willy Albrecht, 588-619. Bonn.
- Süß, Dietmar, und Winfried Süß, Hrsg.. 2008. *Das ‚Dritte Reich‘. Eine Einführung*. München.
- Thamer, Hans-Ulrich. 1986. *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945*. Berlin.
- Wildt, Michael. 2008. *Geschichte des Nationalsozialismus (Grundkurs Neue Geschichte)*. Stuttgart.